

Tagesordnungspunkt 3

der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes Wiesbaden Westend/Bleichstraße am 26. September 2012

Wohnungslose Ausländer aus Polen, Bulgarien und Rumänien

Antrag der Fraktion Lebenswertes Westend:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten folgende Beschlüsse des Ortsbeirats Westend/Bleichstraße umzusetzen:

1. Freizügigkeitsbescheinigungen sollen auch für polnische Staatsangehörige ohne festen Wohnsitz ausgestellt werden.
2. Wohnungslose polnische, bulgarische und rumänische Staatsangehörige sollen die Möglichkeit erhalten, das ganze Jahr die Wohnungslosenunterkünfte der Heilsarmee nutzen zu können.
3. Neben einer ganzjährigen Übernachtungsmöglichkeit sollen diese Wohnungslosen als humanitäre Hilfe mit Lebensmitteln und medizinisch versorgt werden.
4. Eine muttersprachliche Beratung, unter anderem zur Rückkehr, soll installiert werden.

Begründung

Polnische Staatsangehörige ohne festen Wohnsitz erhalten im Augenblick keine Freizügigkeitsbescheinigung, auch wenn sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Wiesbaden haben. Unter anderem finden sie deshalb oft keine Arbeit. Sie müssen einen 5-jährigen Aufenthalt nachweisen, um ein Daueraufenthaltsrecht zu bekommen. Da sie aber nicht beim Einwohnermeldeamt gemeldet sind, können sie dies nur schwerlich nachweisen. Das hat zur Folge, dass sie nicht krankenversichert sind und keine Wohnung anmieten können.

Viele polnische, bulgarische und rumänische Personen – aber auch ganze Familien – kommen nach Wiesbaden und haben keine Unterkunft. Sie können nur im Winter bei der Heilsarmee übernachten. Ansonsten schlafen sie zum Beispiel auf dem Faulbrunnenplatz, an der Schwalbacher oder Dotzheimer Straße und immer wieder in Altpapiercontainern im Westend.

Da sie meist völlig mittellos sind, haben sie keine Möglichkeit, irgendwo etwas zum Essen zu kaufen. Oft gehen sie deshalb in die Teestube. Aber auch dort können sie nur werktags mittags etwas zu Essen bekommen. Zugang zur Tafel haben sie nicht, da sie über keine SGB-II-Leistungen verfügen.

Eine (zahn-)medizinische Versorgung kann nur in Notfällen über die „Humanitäre Sprechstunde“ erfolgen. Menschen mit psychischen Problemen kann eigentlich gar nicht geholfen werden.

Da diese Menschen oft mit völlig falschen Vorstellungen nach Deutschland/Wiesbaden kommen, sollte eine Rückkehrberatung erfolgen, möglichst mit einer vereinfachten Möglichkeit, eine Rückfahrkarte zu erhalten. Die Sprachprobleme machen einen Gang zum Amt für Soziale Arbeit unmöglich. Fast alle dieser Menschen laufen zuerst im Westend auf. Deshalb sollte von hier aus die Initiative zu einer organisierten Hilfe ausgehen.

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob ihm die Problematik wohnungsloser EU-Bürger bekannt ist.

Sollte dies der Fall sein, wird um Beantwortung nachstehend aufgeführter Fragen gebeten.

- In welche Zuständigkeit fallen diese Belange?
- Um wie viele Personen handelt es sich aufgeteilt nach Nationalitäten?
- Ist der Einsatz von Integrationslotsen möglich?

Beschluss Nr. 0109

1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN antragsgemäß beschlossen.
2. Der Bericht sollte auch die sozial - und aufenthaltsrechtlichen Grundlagen darstellen.
3. Der Magistrat wird gebeten, hierüber in der nächsten Sitzung am 14.11.2012 zu berichten.

+

+

Verteiler:

Dezernat V z.w.V.

Dezernat VI z.w.V

Bischoff
Ortsvorsteher